

ÜBRIGENS

„Schafft die Schule ab, die kostet nur Geld!“ Auf diesen zynischen Nenner bringt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ihre Kritik am neuen bildungspolitischen Vorstoß der Landesregierung. Sie will das sogenannte Entlastungskontin-

Note sechs fürs Sparen an Schulen

gent um 14 Prozent kürzen. Bisher gibt es an den Schulen landesweit umgerechnet rund 1600 Lehrerstellen für besondere Aufgaben – etwa für die Verwaltung der Lernmittel, für die Suchtprävention und die Betreuung des Computernetzwerks.

An allgemeinbildenden Gymnasien sollen außerdem die zusätzlichen Stunden für die Organisation der Hausaufgabenbetreuung und die Qualifizierung der Betreuer gestrichen werden. Je nach Schule waren das zwischen drei und sechs Wochenstunden. Das allein erspart nach Berechnungen des Kultusministeriums landesweit 64 Deputate.

Eltern und Lehrer/innen im Kreis sind über diese Pläne höchst erbost und überhäufen das Kultusministerium mit Nachfragen und Protestnoten. Wütend macht sie unter anderem die Argumentation des Ministeriums, die Organisation der Hausaufgabenbetreuung sei mittlerweile so eingespielt, „dass die Gewährung von Anrechnungen hierfür nicht mehr zu rechtfertigen ist“.

Kultusminister Andreas Stoch (SPD), erst seit gut drei Monaten im Amt, weht ein ähnlich eisiger Wind ins Gesicht, wie er früher konservative Kultusminister traf. Dass allen vo-

ran die CDU-Opposition im Land scharf gegen Stoch schießt, war zu erwarten. Das haben Rot und Grün, als sie noch in der Opposition waren, genauso gehalten. Denn die Bildungspolitik zählt bei Landtagswahlen. Sie hat vor bald zwei Jahren zur

Wahlniederlage der schwarz-gelben Koalition beigetragen.

Auffallend ist aber, wie sehr es sich die Macher in Stuttgart inzwischen bei denen verscherzt haben, die

ihren bildungspolitischen Ideen viel Sympathie entgegengebracht haben. Dieser Bonus scheint fast verbraucht. Dass sich jetzt vor allem Eltern an Gymnasien gegen Kürzungen stemmen, ist nicht erstaunlich. Sie müssen mehr als andere Schularten bluten. Und: Wer sein Kind auf ein Gymnasium schickt, weiß, wie sehr gute Bildung die Chancen in dieser Gesellschaft bestimmt.

„Auch das Kultusressort muss leider mit seinem sehr hohen Anteil am Landeshaushalt seinen Beitrag zu den Einsparzwängen leisten“, so das Ministerium. Auf Sätze wie diesen reagiert die GEW stellvertretend für viele Lehrer/innen mit schwerem verbalem Geschütz: Grün-Rot habe „noch immer kein Konzept für die bildungspolitischen Ziele und fährt stattdessen mit dem Rasenmäher durch die Schulen“. Die Tübinger SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid stellt sich vor ihren roten Kultusminister. Bei Elternvertretern zieht das nicht. Sie vergleichen Aussagen im Wahlkampf mit dem, was sie seit dem Regierungswechsel an Schulen beobachten – und stellen dem aktuellen Sparvorstoß eine vernichtende Note aus. UTE KAISER

■ siehe Seite 24